



politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 3. Ausgabe 2010

Für ein klares Profil der Union

Der Einsatz von Bundeskanzlerin Angela Merkel für Stuttgart 21, die Verlängerung der Atomlaufzeiten und die damit verbundene Absage an schwarz-grüne Koalitionsträume sowie die ausgewogene Neuregelung der Hartz IV Sätze: Die christlich-liberale Regierungskoalition fasst langsam Tritt. Nach über einem halben Jahr des Politikstillstands in Berlin bringt ein Herbst der Entscheidungen frischen Wind. Auch in der Regierung scheint man zu begreifen: Richtungsentscheidungen sind notwendig. Wir fordern die Führungsspitzen der Union in Bund und Ländern auf, diese Grundausrichtung weiter durchzuhalten. Die Union muss zurückkehren zu prägnanten Botschaften, einem klaren Profil und einer verlässlichen Politik im Interesse der gesellschaftlichen Mitte.

Herbst der Entscheidungen

Weitere unerlässliche Grundsatzentscheidungen stehen auf dem CDU-Parteitag im November an. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU wird hier als ordnungspolitisches Gewissen mit eigenen Anträgen gegen einen Zeitgeist der Beliebigkeit, der auch Teile der Union erfasst hat, Flagge zeigen. In der Energiepolitik streiten wir für einen ideologiefreien und technikoffenen Energiemix, um Deutschland auch in Zukunft sichere, preiswerte und umweltschonende Energie zu sichern. In der Steuer- und Sozialpolitik kämpfen wir dafür, dass sich Leistung lohnt und Sozialtransfers aktivierend wirken. Wir streiten weiterhin für ein einfaches, transparentes und faires Steuersystem.

Soziale Marktwirtschaft statt Beliebigkeit

Damit der Rückenwind für die Mittelständler und Kernwählerschaft der Union nicht zum lauen Lüftchen wird, muss die Regierung Kurs halten. Erinnern wir uns: Vor gut einem Jahr wurde das angestrebte Ziel von 40 plus X zur Bundestagswahl 2009 mit tatsächlichen 33,8 Prozent weit verfehlt. Grundlage dieses dramatischen Wählerverlustes war die Strategie der „asymmetrischen Wählerdemobilisierung“. Diese Wahlkampfstrategie der Wählereinschläferung mit dem Ziel, die Anhänger des politischen Gegners stärker als die eigenen Wähler vom Gang zur Wahlurne abzuhalten, führte zu Politikverdrossenheit, Demokratiemüdigkeit und Wahlenthaltung von Unionswählern. Eine solche Strategie ist einer Volkspartei nicht würdig und vernachlässigt zugleich den Auftrag der Parteien gemäß Artikel 21 Grundgesetz, aktiv an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Viele Menschen in diesem Land haben auch heute noch den Eindruck, dass diese Strategie der Wählereinschläferung beim Regierungshandeln der bürgerlichen Koalition noch nicht vollständig überwunden ist. Denn wesentliche Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag warten immer noch auf ihre Umsetzung.

Klare Positionen

Die Hoffnungen auf einen ordnungspolitischen Kurswechsel, der nur durch eine bürgerliche Regierung umgesetzt werden kann, wurden enttäuscht. Noch immer verdrängen



*MIT-Bundesvorsitzender
Dr. Josef Schlarmann*

staatliche Überversorgung und steigende Steuer- und Abgabenlasten die Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge. Eine grundlegende Steuerstrukturreform ist nicht in Sicht. Statt der Leistungsträger unserer Gesellschaft stehen zu oft die Leistungsempfänger im Fokus der Politik. Ein beschäftigungsorientierter Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik und eine konsequente Kosten-Nutzen-Analyse der arbeitsmarktpolitischen Instrumente stehen bis heute aus. Die Modernisierung der Sozialen Sicherungssysteme im Interesse von Generationengerechtigkeit und Demographiefestigkeit scheint in weite Ferne gerückt.

MIT IN DEN MEDIEN

Die strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken ("Basel III") haben aus Sicht des Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, negative Folgen für Sparkassen und Volksbanken. Schlarmann sagte, die Politik habe nicht genügend beachtet, dass die Genossenschaftsbanken in der Krise systemstabilisierend gewesen seien. Die Krise sei nicht von den kleinen, sondern von den großen Banken ausgelöst worden, sagte Schlarmann. Bei letzteren müsse auch die Eigenkapitalquote erhöht werden, da in der Tat Stabilisierungsbedarf bestehe. Das dürfe aber nicht zulasten von Sparkassen und Volksbanken geschehen. – **Interview Deutschlandradio Kultur am 13.09.2010**

Hingegen sagte der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, die Partei solle ihre eigenen politischen Vorstellungen entwickeln. Koalitionskompromisse könnten dann später immer noch vereinbart werden. Frau Merkel sagte dann, Schlarmann habe ganz recht, was Vorstandsmitglieder mit Überraschung zur Kenntnis nahmen, weil sie sich häufig abschätzig über Schlarmann geäußert hatte, wenn dieser wieder einmal die grundsätzliche Richtung Frau Merkels in Fragen der Ordnungspolitik kritisiert hatte. So gesehen wurde das Lob Frau Merkels als Ausdruck des Versuchs bewertet, auch auf die Mittelstandsvereinigung zuzugehen. – **FAZ vom 14.09. 2010**

Der Chef der Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, sonst gerne mal ein Kanzlerinnen-Kritiker, wird in diesem Fall sogar fast zu ihrem Verteidiger. „Es liegt auch an den Konservativen selber“, sagt er. Das Konservative dürfe nicht zu einer Attitüde verkommen, sondern müsse auch mit Inhalten gefüllt werden. Sein Vorschlag allerdings dürfte sich dann doch nicht mehr mit der heutigen Merkel-Linie decken: Schlarmann will zurück zu den wirtschaftsliberalen Leipziger Parteitagebeschlüssen der CDU. – **Frankfurter Rundschau vom 13.09.2010**

Die Union war immer erfolgreich, wenn sie im rechten und im linken Spielfeld aktiv war und die Balance zwischen diesen Spielfeldern gehalten hat. Leider erleben wir aber momentan, dass die linke Hälfte immer mehr Spielanteile erhält. Wenn dann noch das rechte Spielfeld geräumt wird, besteht für die Zukunft der Union in der Tat eine Gefahr. Am Beispiel der sozialen Marktwirtschaft kann man dies gut nachvollziehen. Sie müsste von der Union so vertreten werden, wie sie Ludwig Erhard verstanden und praktiziert hat: Als austariertes Miteinander von wirtschaftlicher Vernunft und sozialem Ausgleich. Nachdem immer mehr das Soziale nach vorn gerückt ist, sollte die Union jetzt wieder den marktwirtschaftlichen Teil stärker betonen. – **Interview zum Thema Konservatismus in der Leipziger Volkszeitung vom 13.09.2010**

Fortsetzung von Seite 1

Konzentration auf den Markenkern der Union

Viele Positionen, die nach wie vor zur unveränderten Beschlusslage gehören, dürfen nicht zukünftigen Koalitionsoptionen geopfert werden. Die Strategen in Kanzleramt und Adenauer-Haus sollten nicht nur die „urbanen Eliten“ und das „neue Bürgertum links der Mitte“ als moderne Wähler im Auge haben. Die anderen,

die Freiberufler, Facharbeiter, Mittelständler, Leistungsträger, Rentner, katholischen Bauern, protestantischen Ingenieure und jene, die zwischen den sich angeblich auflösenden Milieus orientierungslos umherirren, müssen als Wähler nicht nur toleriert, sondern umworben werden.

Deshalb fordert die MIT: Die Strategie der „asymmetrischen Wählerdemobilisierung“ muss endgültig beendet werden.

Ordnungspolitische Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik



Dr. Carsten Linnemann (MdB), Vorsitzender der Kommission Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahrzehnte hat eine Entwicklung begünstigt, in der das Prinzip der Eigenverantwortung immer mehr untergraben wurde. Anstatt die Betroffenen in den Zustand zu versetzen, sich selbst zu helfen, wurden sie oftmals geradezu in die soziale Abhängigkeit getrieben.

Deutlich wird dies am Beispiel der so genannten „Aufstocker“. In den Medien werden so Menschen bezeichnet, die mit ihrer Beschäftigung kein Einkommen zur Existenzsicherung erreichen können und zusätzlich auf Trans-

ferleistungen des Staates angewiesen sind. Dabei ist der Begriff Aufstocker irreführend. Er suggeriert nämlich, dass man trotz Vollzeitarbeit hilfebedürftig ist. Richtig ist vielmehr, dass die Aufstocker grundsätzlich nicht wegen niedriger Löhne, sondern wegen eines zu geringen Arbeitszeiteinsatzes bedürftig bleiben. Aufstockung trotz Vollzeitarbeit ist dagegen vor allem bei größeren Bedarfsgemeinschaften (Familien mit Kindern) zu beobachten, bei denen einer oder sogar beide Partner voll arbeiten und allein aufgrund ihrer Familiengröße ergänzend Grundsicherungsleistung erhalten. Unterm Strich können daher von den 1,3 Mio. Aufstockern gerade einmal wenige tausend Erwerbstätige als „echte“ Aufstocker, die ein Jahr in Vollzeit arbeiten und von ihrem Gehalt nicht leben können, bezeichnet werden.

Die Analyse zeigt auch, dass der Staat offenkundig Anreize setzt, möglichst wenig Stunden zu arbeiten. Die aktuelle Gesetzgebung begünstigt eine Kombination von Erwerbstätigkeit in geringfügigem Umfang und Grundsicherungsleistungen. Sie sieht konkret einen Freibetrag für Erwerbstätige von 100 Euro vor. Bis zu einer Einkommensgrenze von 800 Euro gilt ein Freibetrag von 20 %. So bekommt beispielsweise der Hartz IV-Empfänger bei einem Hinzuverdienst von 400 Euro 160 Euro ausbezahlt zusätzlich seiner monatlichen Hartz IV-Leistungen. Für den Arbeitnehmer in

„Normalbeschäftigung“, der für 1.100 oder 1.300 Euro netto im Monat 40 Stunden arbeiten muss, ist dies kaum akzeptabel. Denn viele Langzeitarbeitslose dürften sich im derzeitigen System ziemlich rational verhalten: Sie erhalten die Hartz IV-Leistungen (Regelsatz, Heizung und Miete) und haben zusätzlich einen Mini-Job. Diese Praxis begünstigt leider stellenweise

auch die Schwarzarbeit. Gerade jetzt, da der Arbeitsmarkt beginnt, wieder mehr Arbeitslose aufzunehmen, wäre eine Reform ein Fortschritt. Ziel muss es sein, den Hebel der heutigen Privilegierung „kleiner Hinzuverdienste“ so umzudrehen, dass Beschäftigung in geringem Umfang unattraktiv und Beschäftigung in hohem Umfang attraktiv ist. Dazu

könnten beispielsweise die ersten 200 Euro auf Hartz IV angerechnet werden. Ab 200 Euro sollten dann großzügigere Freibetrags-Regelungen als bislang gelten. So werden Leistungsempfänger motiviert, mehr zu arbeiten, und langsam in die finanzielle Selbständigkeit geführt. Die ordnungspolitische Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik ist bitter nötig!

Leitplanken für ein zukunftsfähiges Steuersystem!



MIT-Bundesvorstandsmitglied Oswald Metzger aus Baden-Württemberg

Die Debatten um ein einfaches, leistungsgerechtes und faires Steuersystem sind Legion. Doch substantielle Veränderungen, die der hoch belasteten (selbständigen) Mittelschicht dieser Gesellschaft tatsächlich mehr Luft zum Atmen lassen, stehen selten auf der Agenda der Politik, weil sie teuer sind. Denn wer den viel beklagten Mittelstandsbauch im Einkommensteuertarif glätten, die obere Proportionalzone, ab der ein Spitzensteuersatz zu bezahlen ist, deutlich anheben und gar die kalte Progression abmildern will, der riskiert nicht nur im Entstehungsjahr Steuerausfälle im hohen zweistelligen Milliarden Euro-Volumen.

Und blauäugig sind gerade mittelstän-

dische Unternehmer nicht. Sie wissen nur zu gut, dass die gigantischen Defizite in den öffentlichen Haushalten nicht dadurch verschwinden, dass man an das Wunder der sich selbst finanzierenden gigantischen Steuerreform glaubt. Immerhin liegt – im günstigsten Fall – das Haushaltsdefizit des Bundes im laufenden Jahr bei gut 50 Milliarden Euro. Die im vergangenen Jahr im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zwingt den Gesetzgeber dazu, binnen weniger Jahre das strukturelle Defizit massiv zu reduzieren. Und das ist gut so!

Gerade wir Mittelständler wissen, dass der demografische Wandel nach einer Veränderung bei der Finanzierung der sozialen Sicherung schreit. Wie mühsam es ist, die steigenden Ausgaben der Sozialversicherung von den Arbeitskosten zu entkoppeln, zeigt die aktuelle Debatte nach der Entscheidung des Bundeskabinetts für die Gesundheitsreform – mit ihrem Einstieg in eine „kleine Prämienlösung“.

Jeder Unternehmer kennt die Kostendynamik der Lohnzusatzkosten, die gerade auch von den seit Jahrzehnten steigenden Sozialversicherungsbeiträgen ausgehen. Wer hier Veränderungen vornehmen will, muss den Faktor Arbeit auch dadurch entlasten, dass er den Sozialausgleich aus Steuermitteln finanziert. Um konkret zu werden: Wenn in der Krankenversicherung die Leistungsausgaben der Kinder aus der Versicherung ausgegliedert werden, dann sind Steuerzuschüsse von gut 10 Milliarden Euro im Jahr nötig. Man kann also nicht gleichzeitig eine Entlastung des Faktors Arbeit in der

Sozialversicherung und eine massive Entlastung bei den Steuern versprechen! Das ist unredlich! Ich will einige „Leitplanken“ eines zukunftssicheren und fairen Steuersystems skizzieren: Die Belastung des Faktors Arbeit (Arbeitnehmerlohn und Unternehmergewinn) ist zu hoch. Deshalb müssen die Grenzsteuersätze deutlich sinken. Als Gegenfinanzierung sind die Ausnahmetatbestände abzuschaffen.

Die Steuerbelastung von Kapitaleinkünften ist zu niedrig. Wir alle beklagen die immer ungleichere Besteuerung von Arbeit und Kapitalvermögen. Wer Arbeitseinkommen substanziell steuerlich entlasten und alle Einkunftsarten gleich behandeln will, muss Einkünfte aus Kapitalerträgen künftig stärker belasten.

Auch die Mehrwertsteuer ist in diesem Kontext kritisch zu durchforsten. Die intransparenten Ausnahmeregelungen gehören abgeschafft. Das gibt Spielraum für die Absenkung des Normalsatzes, aber auch Gegenfinanzierungsvolumen für die Umstellung der Sozialversicherung auf stärkere Steuer-, statt Beitragsfinanzierung.

Mir ist bewusst, dass alle steuerpolitischen Reformkonzepte ins Leere laufen, wenn die Politik sich nicht an die Ausgabenseite der Staatsbudgets traut. Ohne rigorose Ausgabenkürzungen im Subventionsdschungel, ohne Einschränkungen der staatlichen Sozialleistungen, ohne massive Einschnitte in die Beamtenversorgung und die mittelfristige Abschaffung des Beamtenstatus sind die öffentlichen Budgets strukturell nicht sanierungsfähig.

Die MIT fordert Option für geordnete Staatsinsolvenz



Dr. Markus Pieper (MdEP), Vorsitzender der Kommission Europapolitik

Es geht um die wichtigsten Spielregeln im europäischen Wirtschaftsleben: Haushaltsdisziplin der Euro-Länder und klare Zuständigkeiten in der Finanzmarktaufsicht. Nachdem jetzt das Europäische Parlament zugestimmt hat, ist zumindest die Stärkung der europäischen Finanzaufsicht beschlossene Sache. Anfang 2011 kommt die EU-Bankenaufsicht (Standort London), die EU-Wertpapieraufsicht (Paris) und die EU-Versicherungsaufsicht (Frankfurt). Zusätzlich wird bei der Europäischen Zentralbank (Frankfurt) ein so genannter Systemrisikokrat angesiedelt, der möglichst früh vor drohenden Finanzkrisen warnen soll.

Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union müssen somit die nationalen Finanzaufseher – also in Deutschland die BaFin und die Bundesbank – Befugnisse an Europa abgeben. Im Krisenfall sind jetzt direkte europäische Anweisungen an Banken, Börsen und Versicherungen möglich. Auch das Verbot riskanter Finanzpapiere obliegt dann unter bestimmten Voraussetzungen der europäischen Verantwortung.

So resolut die EU bei der Reform der Finanzaufsicht Lehren aus der unzureichenden Koordinierung während der Finanzkrise zieht, so wenig überzeugend ist bisher der Umgang mit den Schuldenstaaten in der Eurozone. Die EU-Finanzminister einigten sich jetzt zwar auf die vorherige Kontrolle der nationalen Haushalte durch die EU-Kommission und auch das gigantische 750-Milliarden-Rettungspaket für angeschlagene Staaten hat die Märkte zunächst beruhigt. Trotzdem bleibt ungewiss, ob die mit den Hilfgeldern verbundenen Reformzusagen wirklich greifen. So muten die Bemühungen Griechenlands, durch Rabattaktionen für säumige Steuerzahler die Einnahmen zu verbessern, wenig seriös an. Die Erfolge auf der Einnahmenseite bleiben aus. Auch die Nachrichten aus Portugal und Irland sind nicht gerade ermutigend.

Deshalb muss der EU-Rettungspakt nachgebessert werden. Durch unzureichende Sanktionsmöglichkeiten für Schuldnerländer gleicht der Pakt bislang dem Modell einer Transferunion. Die EU ist aber noch längst nicht die Politische Union, die so etwas rechtfertigt. Ein Szenario droht, bei dem am Ende jene Mitgliedstaaten, die Haushaltsdisziplin üben, für die Sünden verschwenderischer griechischer oder irischer Politik aufkommen müssen. Deshalb fordert die MIT in einer Entschliebung an die EU-Kommission, den Rat und das Europaparlament eine Insolvenzordnung für Staaten, die wiederholt gegen EU-Stabilitätskriterien verstoßen. Der CDU-Bundesparteitag soll dieser Forderung Rückenwind verleihen. Zudem muss der Euro-Rettungspakt zeitlich befristet sein. Wirkliche Schuldendisziplin lässt sich ferner mit einer Aussetzung von Stimmrechten für betroffene Mitgliedstaaten erreichen. Zudem sollten EU-Struktur- und Agrarfondszahlungen bei Verstößen gegen Stabilitätskriterien automatisch ausgesetzt werden.

Fakten

Deutschland im EU-Vergleich mit höchster Kostendisziplin

Die Arbeitskosten des westdeutschen Verarbeitenden Gewerbes lagen im Jahr 2009 bei 36,05 Euro je Arbeitnehmerstunde. Damit war Westdeutschland einer der weltweit teuersten Industriestandorte – nur Norwegen, Belgien und die Schweiz hatten höhere Arbeitskosten. Verglichen mit dem Durchschnitt der Industrieländer – ohne die neuen EU-Mitglieder – produzierte Westdeutschland mit um 29 Prozent höheren Arbeitskosten. Für Deutschland insgesamt belief sich der Kostennachteil durch das um mehr als 40 Prozent niedrigere Kosteniveau Ostdeutschlands auf 23 Prozent. Doch das Kostenbewusstsein stieg:

Mit einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitskosten von 2,2 Prozent zeigte ganz Deutschland im Zeitraum 2000 bis 2009 die höchste Kostendisziplin in der Europäischen Union.

Nachwuchsmangel gefährdet Aufschwung

Beinahe ein Drittel der naturwissenschaftlich-technisch Beschäftigten in deutschen Hochtechnologiefirmen sind Ingenieure und Wissenschaftler. Es könnten noch mehr sein, denn viele offene Stellen sind unbesetzt – im Juli dieses Jahres fehlten 36.800 Ingenieure. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der zunehmende Nachwuchsmangel. Auf 1.000 erwerbstätige Ingenieure kamen im Jahr 2007 lediglich 35 Hochschulabschlüsse der Ingenieurwissenschaften.

Mehr Unternehmensgründungen

Im vergangenen Jahr gab es erstmals seit 2004 wieder mehr Unternehmensgründungen. Insgesamt wurden 413.000 Firmen aus der Taufe gehoben. Rund drei Prozent mehr als im Jahr 2008.

Quelle: IW Köln

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/
pixelchickDK/-yuri_arcurs/-sylvanworks-hidesy/
sonstige Bilder: brandung², Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU